



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

vom 11. September 2022

Jochen Haußmann: Koalitionsvertrag sieht Ausbau der freiwilligen Dienste vor

Soziales Pflichtjahr: Wir brauchen Freiwilligkeit und nicht Zwangs-Sozialdienstler im Pflegeheim

Dass nach den Grünen nun auch die CDU jungen Leuten ein soziales Pflichtjahr aufbrummen will, findet Jochen Haußmann, FDP-Landtagsabgeordneter aus Kernen, „nicht gut, sondern eher völlig praxisfremd“. Soziale Organisationen auch im Rems-Murr-Kreis sehen das ebenfalls problematisch, dessen ist sich der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, der damit auch für den Bereich Pflege zuständig ist, „nach Gesprächen und Besuchen in Einrichtungen“ sicher. Erst vor kurzem besuchte er auf Einladung der Freiwilligendienste in der Diözese Rottenburg-Stuttgart gemeinnützige GmbH das Seniorenzentrum Haus Miriam der Keppler-Stiftung in Waiblingen. Die Vorstellung, die heute freiwilligen Dienste als soziales Pflichtjahr durchzuführen, „ist völlig praxisfremd und eher eine Horrorvision, denn ein sinnvoller Vorschlag.“

Im Haus Miriam hat er mit dem FSJler Simon-Tom Weiser gesprochen. „Das Gespräch mit ihm hat mich in der Auffassung bestärkt, dass FSJ und Bundesfreiwilligendienst der richtige Weg sind.“ Jochen Haußmann: „Ein FSJ ist eine großartige Chance für junge Menschen, sich in Ihrer Persönlichkeit weiterzuentwickeln und herauszufinden, was für sie im späteren Berufsleben wichtig ist. Sei es, durch ein FSJ den persönlichen Berufswunsch zu bestätigen, den Wunsch zu entwickeln, in einem sozialen Beruf mit Menschen arbeiten zu wollen, der eine hohe Bedeutung für die Gesellschaft hat oder einfach wertvolle Erfahrungen in einer Aufgabe zu sammeln, die einen großartigen Beitrag für unser Gemeinwohl darstellt.“ Dafür sei aber „das freiwillige Engagement wichtig und keine Zwangs-Verheimung“.

Das Freiwillige Soziale Jahr und der Bundesfreiwilligendienst funktionieren, im Bund, im Land und im Rems-Murr-Kreis: „Für junge, motivierte Menschen gibt es ein großes Stellenangebot, die werden auch besetzt, weil es ausreichend Bewerberinnen und Bewerber gibt. Kurz: Wir haben ein funktionierendes System.“ Politik mit „Junge-Leute-Bashing“ könne da eher Schaden anrichten. „Im übrigen ist das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen sehr beeindruckend, gerade auch im Rems-Murr-Kreis,“ so Haußmann. Und wenn sich junge Menschen nach der Schule direkt für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden und dann berufstätig werden, ist das auch ein wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft.“

1/2



Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Parlamentarischer Geschäftsführer, stellv. Vorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Jedes Jahr engagierten sich mehr als 17.000 junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD) in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg habe bundesweit mit 13 Prozent die höchste Quote an junge Menschen, die sich nach Abschluss der Schule sich im FSJ engagieren. „Und ich höre von überall nur Lob über deren Engagement.“

Die Motivation einen Zwangsdienst zu fordern, kann er auch anhand der Zahlen und des Aufwandes nicht nachvollziehen: „Da spricht eine Studie der Bertelsmann-Stiftung eine klare Sprache. Ich zitiere: „Nach 2011 kam die Debatte immer mal wieder auf, zuletzt im Jahr 2019 durch die ehemalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), wonach solch ein Pflichtdienst bei der Bundeswehr oder im sozialen Bereich abgeleistet werden sollte. Die Debatte um einen Pflichtdienst verläuft regelmäßig im Sande. Dies liegt zum einen an verfassungs- und völkerrechtlichen Bedenken ... und zum anderen daran, dass die Nachfrage nach einem Freiwilligendienst bislang immer höher als das Angebot an Plätzen war und eine bessere finanzielle Ausstattung der Freiwilligendienste erwartungsgemäß sowohl das Angebot als auch die Nachfrage steigern könnten. Hinzu kommt, dass die jährlichen Kosten für einen Pflichtdienst mit rund 13,3 Milliarden. Euro ... enorm wären. Und nicht zu vergessen ist die enorme Bürokratie, die mit der staatlichen Verwaltung eines sozialen Pflichtjahr einhergeht.“

Jochen Haußmann: „Statt einem aufwändigen Pflichtjahr ist ein weiterer Ausbau von FSJ und Bundesfreiwilligendienst sinnvoll, denn zumindest in Baden-Württemberg könnten zusätzliche Plätze noch besetzt werden, wie mir vor Ort gesagt wird.“ Eine Erhöhung des Taschengeldes auf 710 Euro, wie es die Bertelsmann-Stiftung für 2024 vorschlägt, sei auch eine überlegenswerte Lösung. Beides stehe im Koalitionsvertrag: Der spreche „von einem „nachfragegerechten“ Ausbau der Plätze, einer Erhöhung des Taschengeldes und einer Verbesserung von Teilzeitmöglichkeiten als Ziel.“